

Werner Pfisterer

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

hd.report

Berichte rund um Stadt und Land



hd.report Nr.: 14 Ausgabe Oktober 2005

Lammert ist Bundestagspräsident des 16. Deutschen Bundestages



Der 16. Deutsche Bundestag trat am Dienstag, den 18. Oktober 2005 zu seiner ersten Sitzung im Berliner Reichstagsgebäude zusammen.

Traditionell eröffnete das älteste Mitglied die Sitzung als Alterspräsident. Wie schon 2002 hat der 73-jährige SPD-Abgeordnete Otto Schily diese Aufgabe übernommen. Der Bundestag wählt in der ersten Sitzung in geheimer Wahl den Bundestagspräsidenten und seine Stellvertreter für die Dauer der Wahlperiode. Jede Fraktion des Deutschen Bundestages soll durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten sein. Nach dem Namensaufruf aller 614 Abgeordneten wurde der bisherige Vizepräsident Norbert Lammert (CDU) zum Bundestagspräsidenten gewählt. Damit stellt die stärkste Fraktion wie in den vorangegangenen 15 Wahlperioden den Präsidenten des Parlaments.

Der Bundestagspräsident bekleidet protokollarisch das zweithöchste Amt in der Bundesrepublik, wenn auch formal nach Art. 57 GG der Bundesratspräsident Vertreter des Bundespräsidenten ist. Er steht somit protokollarisch vor dem Bundeskanzler, dem Bundesratspräsidenten und dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes.

Der hd.report ist ein Rundbrief des Heidelberger Landtagsabgeordneten und Stadtrats Werner Pfisterer (CDU)

Bei Rückfragen oder Anregungen wenden Sie sich bitte an das Redaktionsteam:

David Müller: mueller@pfisterer.net
Matthias Busse: busse@pfisterer.net
Anschrift: Adlerstraße 1/5, 69123 Heidelberg,
Tel. 06221/608080/81, Telefax 06221/608088

Weitere Informationen über die politische Arbeit von Werner Pfisterer MdL finden Sie im Internet unter der Adresse www.pfisterer.net.

Urheberrecht: Alle in diesem Rundbrief veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil des Rundbriefes darf ohne schriftliche Genehmigung von Werner Pfisterer MdL in irgendeiner Form reproduziert werden (Druck, Fotokopie, Datenverarbeitung).

Werner Pfisterer zum Thema Parkraumbewirtschaftung

„Es herrscht noch viel Gesprächs- und Informationsbedarf zu diesem Thema!“ Der Heidelberger CDU-Landtagsabgeordnete Werner Pfisterer will sich auch weiterhin der Thematik Parkraumbewirtschaftung intensiv annehmen, denn „es kann nicht sein, dass dieses Thema im Schnelldurchgang abgehandelt und man vor vollendete Tatsachen gestellt wird“.

Pfisterer führt unter anderem folgende Punkte auf, die seiner Ansicht nach diskutiert werden müssen, zumal es sich um Parkplätze des Landes Baden-Württemberg handle:



1. Werden Beschäftigte des Landes benachteiligt?
2. Wie kam die geplante Verteilung der Parkplätze zustande? Nach derzeitiger Planung bekämen alle Beschäftigten mit Wohnsitz in Heidelberg, Dossenheim, Eppelheim, Schriesheim, Neckargemünd, Sandhausen, Edingen, Nussloch, Wiesloch, Walldorf, St. Ilgen, Seckenheim, Friedrichsfeld Süd, Mannheim Stadt, Ludwigshafen Stadt, Neckarsteinach, Hirschhorn, Bammatal, Hirschberg und Leutershausen keinen Parkplatz, außer sie erfüllen bestimmte Sozialkriterien!

„Ich bin nicht generell gegen eine Parkraumbewirtschaftung“, so der CDU-Politiker und Stadtrat, „sondern gegen die Art und Weise, wie der zur Verfügung stehende Raum verteilt werden soll. Aufgrund des bisherigen Kenntnisstandes gingen alle Beschäftigten übrigens davon aus, dass sie gegen eine Gebühr von 2 Euro pro Monat einen Parkplatz bekommen.“

Pfisterer, Vorsitzender des Arbeitskreises VIII der CDU-Landtagsfraktion, bemängelt auch, dass der Arbeitskreis nicht über die Bewirtschaftungspläne und die Vergabekriterien informiert wurde und dies, obwohl er das schon seit Monaten von der Universität, dem Klinikum und der PH über das Ministerium eingefordert hatte.

Daher beschloss der Arbeitskreis einstimmig, die derzeitigen Pläne zu stoppen und bat das Ministerium darum, für klare Rechtsgrundlagen im ganzen Land zu sorgen.

Der Ministerrat habe laut Pfisterer schon vor längerer Zeit entschieden, Parkplätze unter freiem Himmel generell nicht zu bewirtschaften. „Dies wurde meiner Landtagskollegin Theresia Bauer auf ihre Anfrage vom 28. September 2004 wie auch mir auf meine Anfrage vom 11. Januar 2005 mitgeteilt“, sagte Pfisterer.

Die Beschäftigten aus den betroffenen Städten und Gemeinden müssten nun die sehr viel teureren Gäste- und Besuchertarife bezahlen. „Wenn wir den geplanten Tagessatz von 4 Euro und 20 Arbeitstagen im Monat annehmen, müssten die Beschäftigten einen Betrag von 80 Euro pro Monat entrichten. Nicht mit mir!“ erklärte Pfisterer.

Alle Beteiligten müssten mit in das Boot. Zuerst sei hier das Land Baden-Württemberg in der Verantwortung, zusammen mit der Universität, dem Klinikum, der Pädagogischen Hochschule, den Beschäftigten und weiteren Beteiligten eine sozial verträgliche Lösung für die Parkplatz- sowie Jobticket-Nutzer zu erarbeiten.

Pfisterer: Hochschulzugang soll für Berufstätige wesentlich erleichtert werden



Die Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP wollen durch einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landeshochschulgesetzes den Hochschulzugang für Berufstätige in Baden-Württemberg wesentlich erleichtern.

Berufstätige ohne Hochschulzugangsberechtigung aber mit Meisterabschluss oder gleichwertigem Abschluss können in Zukunft unabhängig von der Note in ihrer Meisterprüfung und ohne gesonderte Eignungsprüfung ein Studium in einem Fach, das ihrer Ausbildung entspricht, aufnehmen. Für andere Fächer ist eine Eignungsprüfung zu bestehen. Bisher waren grundsätzlich eine besonders gute Note in der Abschlussprüfung und eine Eignungsprüfung notwendig.

Bürgersprechstunde im Herbst

Am Montag, den 14.11.2005 führe ich von 16.00 bis 18.00 Uhr eine Bürgersprechstunde in meinem Büro, Adlerstraße 1/5, Wieblingen, durch. Melden Sie sich einfach unter den angegebenen Kontaktadressen an.

Ihr Werner Pfisterer

Durch die Neuregelung wird die Attraktivität der dualen Ausbildung gestärkt und die Durchlässigkeit des Ausbildungssystems erweitert. Nachdem eine vom Landtag initiierte interministerielle Arbeitsgruppe ihren Abschlussbericht „Hochschulzugang für Berufstätige“ vorgelegt hat, hat sich die Regierungskoalition zu diesem Schritt entschlossen.

Werner Pfisterer MdL: „Wir kommen damit vielfältigen Wünschen der Wirtschaft und besonders des Handwerks entgegen.“ Mit der Neuregelung sei eine angemessene Lösung gefunden worden, die sowohl qualifizierten Berufstätigen neue Perspektiven eröffnet, aber auch die Studierfähigkeit der Studienbewerber gewährleistet. Dazu führe vor allem die sinnvolle Differenzierung zwischen Studiengängen, die der beruflichen Aus- und Fortbildung der Berufstätigen fachlich entsprechen, und sonstigen Studiengängen. Ein erfahrener Schlossermeister, der Maschinenbau studieren will, kann dies in Zukunft auch ohne Eignungsprüfung tun.

Möchte er sich hingegen in Philosophie einschreiben, dient es auch seinem eigenen Interesse, dass seine Studierfähigkeit durch eine Eignungsprüfung und eine entsprechende Beratung geklärt wird.

In den Fraktionen von CDU und FDP/PVP sind zahlreiche intensive Gespräche auch mit Vertretern der Wirtschaft geführt worden. Der grundsätzlich hohe Stellenwert des Abiturs wird durch diese Neuregelung nicht tangiert, sondern es geht um Erleichterungen für einen

Kreis von beruflich erfolgreichen und besonders motivierten Berufstätigen.

Daran, dass sich die qualifizierten Berufstätigen grundsätzlich an den für alle Studierenden

geltenden Auswahlverfahren der Hochschulen beteiligen müssen, ändert sich nichts.

Anhörung zu Studiengebühren im Landtag von Baden-Württemberg

Am Dienstag, den 18. Oktober 2005 fand zum Thema „Studiengebühren“ eine Diskussions- und Informationsveranstaltung im Stuttgarter Landtag statt. Hierzu waren alle Beteiligten eingeladen. Die Studierenden werden sich in Zukunft an den Kosten für ihr Studium mit der Entrichtung von Studiengebühren beteiligen. Die Hochschulleitungen und Verwaltungen stellen sich darauf ein, diese zu erheben, über Befreiungen zu entscheiden und entsprechende organisatorische Maßnahmen zu treffen. Die Hochschulen und Studierenden sollten einen gemeinsamen Konsens über die Verwendung der Mittel finden.

Werner Pfisterer MdL: „Die CDU-Landtagsfraktion ist für die zügige Einführung von Studiengebühren. Wir haben die Landesregierung gebeten, rasch einen Gesetzentwurf vorzulegen, damit er noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann. Wir möchten in dieser Konferenz unsere Position vor der Landtagswahl auf den Tisch legen und wir möchten, dass möglichst schnell Geld an die Hochschulen fließt, damit die Studienbedingungen verbessert werden können.“

Der Gesetzentwurf befindet sich nun im offiziellen



Anhörungsverfahren und kann auch von jedem im Internet eingesehen werden. „Die CDU-Landtagsfraktion wollte dennoch den direkten Kontakt mit den Betroffenen nutzen, um deren Anregungen aufzunehmen, in Detailpunkten, falls nötig, nachzusteuern und Fragen zu beantworten.“

Werner Pfisterer kommt es bei der Diskussion auf folgende Kernpunkte an:

Es wird keine zusätzliche finanziellen Belastungen während des Studiums geben. Auf Wunsch wird ein zinsgünstiges Darlehen zur Verfügung gestellt, das erst bei Berufstätigkeit und entsprechendem Einkommen zurückgezahlt werden muss. Die Gebühren fließen an die Hochschulen und werden zweckgebunden eingesetzt. Damit bleibt das Studieren für alle attraktiv, die anfallenden 6.000 - 7000 € (inkl. Zinsen) sind für einen Akademiker später bezahlbar und die Rückzahlungsobergrenze für BAföG-Empfänger liegt bei 15.000 €. Es wird Rücksicht auf Familien, soziale Härten, soziale Gerechtigkeit genommen. Für diesen Personenkreis

sind Gebühren-befreiungen vorgesehen. Auch Handwerksmeister, Krankengymnastinnen u.a. zahlen für ihre Ausbildung. Es ist daher gerecht, wenn zukünftige Akademiker einen relativ geringen finanziellen Eigenbeitrag zu ihrer Ausbildung leisten. Baden-Württemberg gibt schon jetzt am meisten für seine Studierenden aus! Bildung und Hochschule waren stets und werden einer der politischen und finanziellen Schwerpunkte der CDU Landtagsfraktion bleiben – auch nach der Einführung von Studiengebühren. Studiengebühren bieten unseren Hochschulen die Chance, im Wettbewerb – auch international – besser zu bestehen. Studierenden bietet sich die Chance, in Zukunft als „Kunden“ an der Hochschule wahrgenommen zu werden.

„Baden-Württemberg betritt in Deutschland Neuland mit der Einführung von Studiengebühren an staatlichen Hochschulen. Das jetzt vorliegende Modell ist aus unserer Sicht ausgewogen und praktikabel. Sicher werden bald andere Bundesländer folgen – auch SPD-regierte. Wer die Presse der letzten Jahre verfolgt hat weiß, dass es auch in der SPD Befürworter von Studiengebühren gibt, die sich jetzt aus Parteiräson und möglicherweise Wahlkampfgründen zurückhalten,“ berichtet der Heidelberger Landtagsabgeordnete und Hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Werner Pfisterer.

Termine:

Montag, 28.11.2005 von 19.00-21.00 Uhr: Politische Gespräche des Ministers für Kultus und Sport, Helmut Rau, im Gasthaus zur Traube, Rathausstraße 75, 69126 Heidelberg.

Montag, 05.12.2005 von 20.00-22.00 Uhr: Planungstreffen für die Landtagswahl 2006 im Weinrestaurant Traube, Rathausstraße 75, 69126 Heidelberg

Montag, 19.12.2005 von 16.00-18.00 Uhr: 106. Bürgersprechstunde in der Adlerstraße 1/5, Wieblingen - um vorherige Anmeldung wird gebeten

Informationstage im Stuttgarter Landtag

Für alle Bürger, die sich über die Arbeit ihres Landesparlamentes in Stuttgart informieren wollen, finden am **Mittwoch, den 30. November 2005 und Donnerstag, den 01. Dezember** die nächsten beiden Informationsfahrten in den Stuttgarter Landtag 2005 mit Werner Pfisterer MdL statt. Das Programm einer Informationsfahrt dauert etwa von 7.30 bis ca. 20.00 Uhr und umfasst eine Einführung in die Arbeit des baden-württembergischen Landtages, die Besichtigung des Plenarsaales und die Teilnahme an einer Plenarsitzung sowie ein persönliches Gespräch mit Werner Pfisterer MdL. Für weitere Informationen beziehungsweise für Ihre Anmeldung rufen Sie bitte das Wahlkreisbüro an: Wahlkreisbüro, Adlerstraße 1/5, 69123 Heidelberg, Telefon: 06221/ 60 80 80, Fax: 06221/ 60 80 88 oder per E-Mail an: info@pfisterer.net

Spendenkonto zur Landtagswahl 2006

H+G Bank Heidelberg Kurpfalz e.G.
CDU-Kreisverband Heidelberg
Sonderkonto W. Pfisterer
Bankleitzahl: 67290100
Kontonummer: 40240330